

Teresa Weber

Bundesstaatliche Identitäten und ihre Achtung im Unionsrecht



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Philip Kunig, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Gerhard Robbers, Universität Trier

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Universität Freiburg

Teresa Weber

Bundesstaatliche Identitäten und ihre Achtung im Unionsrecht

Nomos Verlagsgesellschaft

PD.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Teresa Weber, MSc, geboren 1989, forscht und lehrt im Öffentlichen Recht und Europarecht. Studium der Rechtswissenschaften in Wien (Universität Wien, 2010; Promotion an der Wirtschaftsuniversität Wien 2014) und Law & Society in Leiden (Master of Science, 2021). Berufliche Stationen u.a. an der Wirtschaftsuniversität Wien, der Paris-Lodron-Universität Salzburg und der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2021 Habilitation für die Fächer Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht an der Paris-Lodron-Universität Salzburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Habil., Paris-Lodron-Universität Salzburg, 2021

1. Auflage 2022

© Teresa Weber

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8718-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3109-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748931096>



Onlineversion
Nomos eLibrary

Schrift: Sabon 9,3 auf 12,4 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort und Danksagung

Die Arbeit wurde im August 2020 abgeschlossen und als Habilitationsschrift an der Universität Salzburg eingereicht, wo mir im Mai 2021 die *venia docendi* für die Fächer Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Europarecht verliehen wurde. Für die Publikationsfassung wurde neuere Rechtsprechung und Literatur bis November 2021 berücksichtigt.

Für vielfache Unterstützung und lehrreiche Diskussionen im Zusammenhang mit dieser Schrift möchte ich mich bei Benjamin Kneihns und Kirsten Schmalenbach bedanken, die mir in unterschiedlichen Phasen jeweils ihr offenes Ohr angeboten und viel wertvolle Zeit gewidmet haben. Danke!

Mein Dank gilt aber auch Michael Potacs, meinem Dissertationsvater, der mich vor einigen Jahren zum wissenschaftlichen Arbeiten und auch jetzt zur Fertigstellung dieser Schrift ermutigt und angespornt hat. Danke!

Mein Dank gebührt weiters allen Kolleginnen und Kollegen am Fachbereich Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht der Universität Salzburg, an dem diese Habilitationsschrift entstanden ist, sowie den Mitgliedern der Habilitationskommission.

Auch dem Gutachter Ewald Wiederin und den Gutachterinnen Katharina Pabel und Patricia Popelier möchte ich für ihre kritische Durchsicht der Arbeit und die Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten danken.

Für die Entstehung und den Inhalt dieser Habilitationsschrift waren mehrere Forschungsaufenthalte maßgeblich. Ich bin sehr dankbar für die Möglichkeiten zum fokussierten Forschen und zum intellektuellen Austausch, die mir dabei geboten wurden. Mein diesbezüglicher Dank gilt Karl-Peter Sommermann (Speyer), Anne Peters (Heidelberg) und Christian Behrendt (Liège/Leuven).

Der größte Dank gebührt all jenen Menschen, die mich auch außerhalb des akademischen Umfelds unterstützt und mich davor bewahrt haben, mich in dieser Arbeit zu verlieren – meiner Familie und meinen Freundinnen und Freunden. Ohne euch würde es dieses Buch nicht geben.

Wien, im November 2021

Teresa Weber

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	25
1. Einleitung	31
1.1 Ausgangsfrage: Bundesstaatliche nationale Identitäten?	31
1.2 Konkrete Forschungsfragen	31
1.3 Gang der Untersuchung	32
1.4 Methoden	34
1.5 Begriffe: Bundesstaat, föderale/zentrale/dezentrale Hoheitsträger	39
2. Orientierung: Das Zusammenspiel von Völkerrecht, EU-Recht und mitgliedstaatlichem Recht im Allgemeinen	41
2.1 Ausgangspunkt: Die EU als völkerrechtlicher Zusammenschluss	41
2.2 Weiterentwicklung: Das EU-Recht als autonome Rechtsordnung	43
2.3 Entwicklungsbremse? – Integrationsschranken im nationalen Recht und im Unionsrecht	47
2.4 Zwischenergebnis	63
3. Im Fokus: Die Unionsrechtsordnung und die Bundesstaatlichkeit von Mitgliedstaaten	65
3.1 Ausgangspunkt: „Länderblindheit“ der EU?	65
3.2 Grundsätzliche Irrelevanz interner Strukturen im Völkerrecht	66
3.3 Grundsätzliche Irrelevanz interner Strukturen im EU-Recht	69
3.4 Berücksichtigung interner Strukturen im Völkerrecht	76
3.5 Berücksichtigung interner Strukturen der Mitgliedstaaten im EU- Recht	84
3.6 Verpflichtung der EU zur Achtung der bundesstaatlichen Struktur nach Art 4 Abs 2 EUV	86

4. Die Kompetenzverteilung als Ausgangspunkt einer systematischen Analyse grundlegender bundesstaatlicher Strukturen	143
4.1 Notwendigkeit einer Vorstrukturierung	143
4.2 Strukturierung anhand der bundesstaatlichen Kompetenzverteilungen	144
4.3 Was ist eine bundesstaatliche Kompetenzverteilung?	147
4.4 Wie kann sich eine Untersuchung an der Kompetenzverteilung orientieren?	147
4.5 Ergebnis: Struktur der nachfolgenden Kapitel	155
 5. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Österreichs	157
5.1 Einleitendes	157
5.2 Strukturelle Voraussetzungen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	188
5.3 Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	192
5.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	219
5.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Österreichs	255
 6. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Deutschlands	257
6.1 Einleitendes	257
6.2 Strukturelle Voraussetzungen der Kompetenzverteilung	274
6.3 Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	276
6.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	299
6.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Deutschlands	322
 7. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Belgiens	325
7.1 Einleitendes	325
7.2 Voraussetzungen der Kompetenzverteilung: Bestand der zentralen und dezentralen Einheiten	335
7.3 Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	337

7.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	344
7.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Belgiens	367
 8. Vergleichende Betrachtung und Gang der weiteren Untersuchung	 369
8.1 Ziel einer zusammenfassend-vergleichenden Betrachtung	369
8.2 Voraussetzungen der Kompetenzverteilung	369
8.3 Anforderungen an die Kompetenzverteilung	370
8.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	371
8.5 Fokus der weiteren Untersuchung	372
 9. Verpflichtung zur Achtung der bundesstaatlichen Vielfalt	 379
9.1 Konstitutive Vielfalt	379
9.2 Rechtsetzungsvielfalt	393
 10. Zusammenfassung	 439
 11. Literaturverzeichnis	 453
 12. Rechtsprechungsverzeichnis	 487
Österreich (VfGH)	487
Deutschland (BVerfG)	488
Belgien (Belgischer Kassationshof, GH)	489
EU (EuGH, EuG, Generalanwältinnen und Generalanwälte)	490
Sonstige	494
 Stichwortverzeichnis	 495

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
1. Einleitung	31
1.1 Ausgangsfrage: Bundesstaatliche nationale Identitäten?	31
1.2 Konkrete Forschungsfragen	31
1.3 Gang der Untersuchung	32
1.4 Methoden	34
1.4.1 Rechtsdogmatik	34
1.4.2 Rechtsvergleichung	36
1.5 Begriffe: Bundesstaat, föderale/zentrale/dezentrale Hoheitsträger	39
2. Orientierung: Das Zusammenspiel von Völkerrecht, EU-Recht und mitgliedstaatlichem Recht im Allgemeinen	41
2.1 Ausgangspunkt: Die EU als völkerrechtlicher Zusammenschluss	41
2.2 Weiterentwicklung: Das EU-Recht als autonome Rechtsordnung	43
2.3 Entwicklungsbremse? – Integrationsschranken im nationalen Recht und im Unionsrecht	47
2.3.1 Allgemeines	47
2.3.2 Absolute und relative Schranken für die Weiterentwicklung des Primärrechts	48
2.3.2.1 Deutschland: Absolute Schranken	48
2.3.2.2 Belgien: Schrankenmodell unklar und umstritten	50
2.3.2.3 Österreich: Relative Schranken	51
2.3.2.4 Konsequenzen eines Verstoßes gegen Schranken für die Weiterentwicklung des Primärrechts	52

2.3.3 Schranken für Rechtsakte, die auf dem Primärrecht beruhen	53
2.3.3.1 Allgemein	53
2.3.3.2 Nationale Schranken bei umfassender Öffnung?	54
2.3.3.3 Nationale Schranken bei bedingter Öffnung?	55
2.3.3.4 Unionsrechtliche Schranken aus Art 4 Abs 2 EUV	58
2.3.3.5 Unterschied zwischen nationalen und unionalen Schranken: Konsequenzen der Verletzung	59
2.3.4 Schranken für Rechtsakte, die nur scheinbar auf dem Primärrecht beruhen – ultra-vires-Akte	60
2.4 Zwischenergebnis	63
 3. Im Fokus: Die Unionsrechtsordnung und die Bundesstaatlichkeit von Mitgliedstaaten	65
3.1 Ausgangspunkt: „Länderblindheit“ der EU?	65
3.2 Grundsätzliche Irrelevanz interner Strukturen im Völkerrecht	66
3.2.1 Staaten als Völkerrechtssubjekte	66
3.2.2 Grundsätzliche Irrelevanz des innerstaatlichen Aufbaus	67
3.3 Grundsätzliche Irrelevanz interner Strukturen im EU-Recht	69
3.3.1 Rechte der Mitgliedstaaten im Primärrecht	69
3.3.2 Pflichten und Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten im Primärrecht	70
3.3.3 Aufteilung der Verantwortlichkeit und Durchsetzung der Einhaltung des EU-Rechts im innerstaatlichen Verhältnis	72
3.4 Berücksichtigung interner Strukturen im Völkerrecht	76
3.4.1 Freiwillige Berücksichtigung im Völkervertragsrecht	76
3.4.2 Vertragsschlussfähigkeit und Völkerrechtssubjektivität von Gliederstaaten	76
3.4.3 Berücksichtigung der föderalen Kompetenzverteilung in völkerrechtlichen Verträgen – Bundesklauseln	79
3.4.4 Art 46 WVK	82
3.5 Berücksichtigung interner Strukturen der Mitgliedstaaten im EU- Recht	84

3.5.1 Art 16 Abs 2 EUV	84
3.5.2 Ausschuss der Regionen	84
3.5.3 Art 4 Abs 2 EUV als Relativierung der Länderblindheit	85
3.6 Verpflichtung der EU zur Achtung der bundesstaatlichen Struktur nach Art 4 Abs 2 EUV	86
3.6.1 Gang der Untersuchung	86
3.6.2 Identität – Verortung eines Konzepts	87
3.6.2.1 Identität als nur scheinbar klarer Begriff	87
3.6.2.2 Identität und Individuum: Ich	90
3.6.2.3 Identität und Kollektive: Wir	92
3.6.2.3.1 Aspekte kollektiver Identität	92
3.6.2.3.2 Nationale Identität als kollektive Identität	93
3.6.2.3.3 „Identity politics“: Kollektive Identität als politischer Kampfbegriff	95
3.6.2.3.4 Kollektive Identität – nationale Identität – Art 4 Abs 2 EUV	96
3.6.2.3.4.1 Von der Souveränität zur Identität	96
3.6.2.3.4.2 Nationale Identität und Verfassungsidentität	98
3.6.3 Nationale Identität iSd Art 4 Abs 2 EUV in der Rsp des EuGH	102
3.6.3.1 Fallkonstellationen	102
3.6.3.2 Kein einheitlicher Maßstab des EuGH bei der Bestimmung der nationalen Identität	106
3.6.4 Nationale Identität iSd Art 4 Abs 2 EUV	110
3.6.4.1 Unionsautonomer Identitätsmaßstab	110
3.6.4.2 Der Begriff „Identität“	111
3.6.4.3 Der Begriff der „jeweiligen nationalen“ Identität eines Mitgliedstaates	112
3.6.4.4 Grundlegende politische und verfassungsmäßige Strukturen	114
3.6.4.4.1 Divergierende Sprachfassungen	114
3.6.4.4.2 Politische Strukturen	115
3.6.4.4.3 Verfassungsmäßige Strukturen	116
3.6.4.4.4 Grundlegende politische und verfassungsmäßige Strukturen als Einheit	117
3.6.4.4.5 Verfassungsrechtliche Perspektive	121
3.6.4.4.5.1 Indizfunktion von Präambeln und Zielbestimmungen	122
3.6.4.4.5.2 Indizfunktion von Normenhierarchien im Verfassungsrecht	122

3.6.4.4.5.3 Indizfunktion der Rsp nationaler Höchstgerichte	125
3.6.4.4.6 Politische Perspektive	126
3.6.4.4.7 Historische Perspektive? – Dynamisches Verständnis nationaler Identität und Missbrauchsverbot	127
3.6.4.4.8 Ergebnis: Erfordernis einer integrativen Betrachtung	129
3.6.4.5 Nationale Identität und Systematik des Art 4 Abs 2 EUV	129
3.6.4.6 Relevanz von Konfliktpotential für die Bestimmung der nationalen Identität?	131
3.6.5 „Achtung“ der nationalen Identität iSd Art 4 Abs 2 EUV – absolut oder abwägungsoffen?	132
3.6.6 Verpflichtete des Art 4 Abs 2 EUV	135
3.6.6.1 Organe der EU	135
3.6.6.2 Sorgfaltspflichten der Mitgliedstaaten?	136
3.6.7 Konsequenzen der Missachtung der nationalen Identität	138
 4. Die Kompetenzverteilung als Ausgangspunkt einer systematischen Analyse grundlegender bundesstaatlicher Strukturen	 143
4.1 Notwendigkeit einer Vorstrukturierung	143
4.2 Strukturierung anhand der bundesstaatlichen Kompetenzverteilungen	144
4.3 Was ist eine bundesstaatliche Kompetenzverteilung?	147
4.4 Wie kann sich eine Untersuchung an der Kompetenzverteilung orientieren?	147
4.4.1 Übersicht	147
4.4.2 Strukturelle Voraussetzungen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	149
4.4.3 Strukturelle Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	149
4.4.4 Strukturelle Konsequenzen der Kompetenzverteilung	149
4.4.4.1 Analytischer Rahmen	149

4.4.4.2 Theoretische Fragen und Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit den Konsequenzen der Kompetenzverteilung	151
4.4.4.2.1 Mehrheit von Hoheitsträgern: Abgrenzung und Abgrenzbarkeit von Kompetenzbereichen	151
4.4.4.2.2 Konfliktpotential und Konfliktlösung	153
4.4.4.2.3 Beschränktheit der Kompetenzen der föderalen Hoheitsträger	154
4.5 Ergebnis: Struktur der nachfolgenden Kapitel	155
5. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Österreichs	157
5.1 Einleitendes	157
5.1.1 Österreich als Bundesstaat	157
5.1.2 Art 2 B-VG als grundlegende Deklaration der Bundesstaatlichkeit	158
5.1.3 Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit im österreichischen Recht	159
5.1.4 Art 44 Abs 3 B-VG und die österreichische Bundesstaatlichkeit	160
5.1.4.1 Gesamtänderung iSd Art 44 Abs 3 B-VG und Grundprinzipien	160
5.1.4.2 Ermittlung des Inhalts von Grundprinzipien	162
5.1.4.2.1 Relevanz der Verfassungsrechtsordnung	162
5.1.4.2.2 Derogationsfragen – Welches Verfassungsrecht ist relevant?	164
5.1.4.3 Ergebnis: Maßgeblichkeit von Grundprinzipien für die Anwendbarkeit von Art 44 Abs 3 B-VG	173
5.1.4.4 Das bundesstaatliche Grundprinzip	176
5.1.4.4.1 Relevanz für Art 4 Abs 2 EUV	176
5.1.4.4.2 Die herkömmliche Darstellung des bundesstaatlichen Grundprinzips	177
5.1.4.4.2.1 Art der Darstellung	177
5.1.4.4.2.2 Inhalt der Darstellung	180
5.1.4.4.2.2.1 Scheinbar unumstrittene Inhalte	180
5.1.4.4.2.2.2 Strittige Inhalte	182
5.1.4.4.2.2.3 (Selbstverständliche und daher?) wenig beachtete Inhalte?	184

5.1.4.4.2.2.4	Nicht mehr vertretene (Extrem-)Ansichten	185
5.1.4.4.2.2.5	Probleme des herkömmlichen Zugangs	185
5.1.5	Vorgehensweise zur Ermittlung der bundesstaatlichen Identität iSd Art 4 Abs 2 EUV	187
5.2	Strukturelle Voraussetzungen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	188
5.3	Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	192
5.3.1	Abänderung der Kompetenzverteilung	192
5.3.2	Einräumung autonomer Kompetenzen	194
5.3.2.1	Fragestellung	194
5.3.2.2	Komplementarität der Kompetenzverteilung	194
5.3.2.3	Autonome Kompetenzen in allen Bereichen der Staatsgewalt?	195
5.3.2.4	Autonome Kompetenzen in bestimmten Sachbereichen?	198
5.3.2.5	Autonome Kompetenzen und Determinierung durch Völker- und Unionsrecht	204
5.3.2.5.1	Allgemeines	204
5.3.2.5.2	Staatsverträge	204
5.3.2.5.2.1	Ausgangslage: Transkompetente Kompetenz des Bundes zum Abschluss von Staatsverträgen	204
5.3.2.5.2.2	Reichweite der Kompetenz – Begriff des Staatsvertrags	206
5.3.2.5.2.3	Reichweite der Kompetenz – Unmittelbare Anwendbarkeit von Staatsverträgen	206
5.3.2.5.2.4	Beschränkung der Bundeskompetenz durch Zustimmungs- und Stellungnahmerechte	208
5.3.2.5.2.5	Zwischenergebnis: Staatsverträge des Bundes und bundesstaatliches Grundprinzip	209
5.3.2.5.3	Übertragung von Hoheitsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen	210
5.3.2.5.4	Unionsrecht	211
5.3.2.6	Ergebnis	212

5.3.3 Zusammenwirken der föderalen Hoheitsträger	213
5.3.3.1 Fragestellung	213
5.3.3.2 Bundesrat	214
5.3.3.3 Mittelbare Bundesverwaltung	215
5.3.3.4 Kooperation und Vereinbarungen nach Art 15a B-VG	217
5.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	219
5.4.1 Fragestellung	219
5.4.2 Kompetenzabgrenzung und Konfliktlösung	220
5.4.2.1 Abgrenzung und Abgrenzbarkeit von Kompetenzbereichen	220
5.4.2.2 Konfliktpotential und Konfliktlösung	224
5.4.3 Beschränktheit der Kompetenzen der föderalen Hoheitsträger	227
5.4.3.1 Fragestellung	227
5.4.3.2 Beschränkte Kompetenzen vs verfassungsrechtliche Handlungsverpflichtungen	227
5.4.3.2.1 Allgemeines und theoretische Grundlegung	227
5.4.3.2.2 Staatszielbestimmungen (und unbedingte grundrechtliche Handlungspflichten – „Ob“)	229
5.4.3.2.3 Bedingte grundrechtliche Handlungspflichten („Wie“)	232
5.4.3.3 Beschränkte Kompetenzen vs nicht verfassungsrechtliche Handlungsverpflichtungen	234
5.4.3.4 Ergebnis	237
5.4.4 Notwendigkeit der Ermöglichung von Vielfalt durch Differenzierung	237
5.4.4.1 Fragestellung	237
5.4.4.2 Bundesstaatliche Vielfalt und Gleichheitssatz	238
5.4.4.3 Bundesstaatliche Vielfalt und andere Gleichheitsgarantien	246
5.4.4.4 Bundesstaatliche Vielfalt und einheitliches Wirtschaftsgebiet	252
5.4.4.5 Ergebnis	255
5.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Österreichs	255

6. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Deutschlands	257
6.1 Einleitendes	257
6.1.1 Deutschland als Bundesstaat	257
6.1.2 Deklaration der Bundesstaatlichkeit im GG	259
6.1.2.1 Positionierung im Grundgesetz	259
6.1.2.2 Bundesstaatsprinzip und Art 20 GG	259
6.1.3 Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit im deutschen Verfassungsrecht	261
6.1.3.1 Kompetenzen des BVerfG	261
6.1.3.2 Verfassungsidentität und nationale Identität in der Rsp des BVerfG	264
6.1.3.2.1 Entwicklung der Identitätskontrolle und Verhältnis zu Art 4 Abs 2 EUV	264
6.1.3.2.2 Inhalte der Verfassungsidentität nach der Rsp des BVerfG	270
6.1.3.2.3 Relevanz der Verfassungsidentitäts-Rechtsprechung für die nationale Identität nach Art 4 Abs 2 EUV	271
6.1.4 Die Ewigkeitsklausel des Art 79 Abs 3 GG im Überblick	272
6.2 Strukturelle Voraussetzungen der Kompetenzverteilung	274
6.2.1 Fragestellung	274
6.2.2 Bestand der Länder und des Bundes	274
6.3 Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	276
6.3.1 Fragestellung	276
6.3.2 Abänderung der Kompetenzverteilung	276
6.3.3 Mindestausmaß an autonomen Länderkompetenzen	278
6.3.3.1 Art 79 Abs 3 1. Var GG als Ausgangspunkt	278
6.3.3.2 Komplementarität der Kompetenzverteilung?	280
6.3.3.3 Autonome Kompetenzen in allen Bereichen der Staatsgewalt?	280
6.3.3.4 Autonome Kompetenzen in bestimmten Sachbereichen?	282
6.3.3.5 Autonome Kompetenzen und Determinierung durch Völker- und Unionsrecht	284
6.3.3.5.1 Allgemeines	284

6.3.3.5.2 Relativierung der Eigenständigkeit durch völkerrechtliche Verträge?	284
6.3.3.5.2.1 Grundlegung: Abschluss- und Umsetzungskompetenz bei völkerrechtlichen Verträgen	284
6.3.3.5.2.2 Determinierung der Kompetenzausübung der Länder durch völkerrechtlichen Vertrag?	287
6.3.3.5.3 Relativierung der Eigenständigkeit durch Übertragung von Hoheitsbefugnissen?	291
6.3.3.5.4 Relativierung der Eigenständigkeit durch die europäische Integration?	294
6.3.3.6 Eigenständigkeit und föderale Kooperation	295
6.3.3.7 Ergebnis	295
6.3.4 Grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung	296
6.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	299
6.4.1 Fragestellung	299
6.4.2 Kompetenzabgrenzung und Konfliktlösung	299
6.4.2.1 Kompetenzabgrenzung	299
6.4.2.2 Konfliktlösung	300
6.4.2.2.1 Allgemeines, Bundesrecht bricht Landesrecht, BVerfG	300
6.4.2.2.2 Bundestreue	301
6.4.2.2.2.1 Allgemeines	301
6.4.2.2.2.2 Rechtsgrundlage der Bundestreue	302
6.4.2.2.2.3 (Rsp zur) Bundestreue nicht Teil der nationalen Identität	307
6.4.3 Beschränktheit der Kompetenzen der föderalen Hoheitsträger	308
6.4.3.1 Beschränktheit als Problem	308
6.4.3.2 ... bundesstaatliche Kooperationspflichten als Lösung?	309
6.4.3.3 Mögliche Rechtsgrundlagen bundesstaatlicher Kooperationspflichten	310
6.4.3.3.1 Ableitung aus dem Bundesstaatsprinzip	310
6.4.3.3.2 Ableitung aus der Bundestreue	310
6.4.3.3.3 Ableitung aus den Grundrechten	311
6.4.3.3.4 Weitere Ansätze für bundesstaatliche Kooperationspflichten	313
6.4.3.4 Ergebnis: Keine bundesstaatlichen Kooperationspflichten	315

6.4.4 Notwendigkeit der Ermöglichung von Vielfalt durch Differenzierung	315
6.4.4.1 Möglichkeit der Differenzierung als Wesensmerkmal des Bundesstaates	315
6.4.4.2 Gleichheitssatz	316
6.4.4.3 Exkurs: Landeskinderklauseln und Freizügigkeit im deutschen Bundesstaat	319
6.4.4.4 Identitätsstiftender Charakter?	320
6.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Deutschlands	322
7. Bundesstaatlichkeit als Teil der nationalen Identität Belgiens	325
7.1 Einleitendes	325
7.1.1 Belgien als Bundesstaat	325
7.1.2 Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit	328
7.1.3 Mehrsprachigkeit und Auslegung	330
7.1.4 Maßgebliche Herangehensweise für die Bestimmung der nationalen Identität	331
7.1.5 Nationale Identität in der Rsp des GH	333
7.2 Voraussetzungen der Kompetenzverteilung: Bestand der zentralen und dezentralen Einheiten	335
7.3 Strukturelle Anforderungen an die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung	337
7.3.1 Fragestellung	337
7.3.2 Abänderung der Kompetenzverteilung	337
7.3.3 Autonome Kompetenzen	338
7.3.3.1 Mindestmaß an Kompetenzen der föderalen Hoheitsträger grundlegend für den Bundesstaat?	338
7.3.3.2 Spezifische Verortung einzelner Kompetenzen bei zentralen oder dezentralen Hoheitsträgern grundlegend für den Bundesstaat?	340
7.3.4 Senat als zweite Kammer	343
7.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	344
7.4.1 Kompetenzabgrenzung und Konfliktlösung	344
7.4.1.1 Kompetenzabgrenzung	344

7.4.1.2 Konfliktlösung	346
7.4.1.2.1 Allgemeines	346
7.4.1.2.2 Föderale Loyalität und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	347
7.4.2 Beschränktheit der Kompetenzen der föderalen Hoheitsträger	349
7.4.2.1 Allgemeine Grundsätze	349
7.4.2.2 Beschränktheit und Entschränkung durch implizite Kompetenzen nach Art 10 SGRI	350
7.4.2.3 Spezifische (territoriale) Beschränktheit als Teil der nationalen Identität?	352
7.4.2.3.1 Ausgangslage	352
7.4.2.3.2 Rechtsprechung zur „Flämischen Pflegeversicherung“	353
7.4.2.3.3 Rezeption in der Literatur und Bewertung	357
7.4.2.4 Überwindung von Beschränktheit durch Kooperation?	360
7.4.2.4.1 Problemstellung	360
7.4.2.4.2 Kooperationspflichten und Unionsrecht	361
7.4.3 Notwendigkeit der Ermöglichung von Vielfalt durch Differenzierung	363
7.4.3.1 Gleichheitsgarantien im belgischen Verfassungsrecht	363
7.4.3.2 Bedeutung der Gleichheitsgarantien in der Rsp des GH	363
7.4.3.3 Inhalt des Gleichheitssatzes und bundesstaatliche Relativierung	364
7.4.3.4 Belgische Wirtschafts- und Währungsunion und bundesstaatliche Vielfalt	365
7.4.3.5 Identitätstiftender Charakter der Relativierung des Gleichheitssatzes?	366
7.5 Zusammenfassung: Die bundesstaatliche Identität Belgiens	367
 8. Vergleichende Betrachtung und Gang der weiteren Untersuchung	369
8.1 Ziel einer zusammenfassend-vergleichenden Betrachtung	369
8.2 Voraussetzungen der Kompetenzverteilung	369
8.3 Anforderungen an die Kompetenzverteilung	370
8.4 Konsequenzen der Kompetenzverteilung	371

8.5 Fokus der weiteren Untersuchung	372
8.5.1 „Bundesstaatliche Vielfalt“ als Überbegriff	372
8.5.2 (Bundesstaatliche) konstitutive Vielfalt	373
8.5.3 (Bundesstaatliche) Rechtsetzungsvielfalt	374
8.5.4 Offenbleibende Fragen	376
 9. Verpflichtung zur Achtung der bundesstaatlichen Vielfalt	 379
9.1 Konstitutive Vielfalt	379
9.1.1 Formelles Bestehen mehrerer föderaler Hoheitsträger	379
9.1.2 Materielle Eigenständigkeit als Kompetenzausübungsschranke	379
9.1.2.1 Grundsätzliches, ausschließliche und geteilte Kompetenzen der EU	 379
9.1.2.2 Bilanzierende Betrachtung: EU und nationale Kompetenzverteilung	 381
9.1.2.3 Änderungen der nationalen Kompetenzverteilung vor Erlassung eines EU-Rechtsaktes	 381
9.1.2.4 Änderungen der nationalen Kompetenzverteilung nach Erlassung eines EU-Rechtsaktes	 383
9.1.2.5 Verhältnis zum Subsidiaritätsprinzip und dem Subsidiaritätskontrollverfahren	 384
9.1.2.6 Aufklärungs- und Warnpflichten?	385
9.1.3 Konstitutive Vielfalt und Einheitsvorgaben	388
9.1.3.1 Die Begriffe „Einheit“ und „Einheitsvorgaben“	388
9.1.3.2 Unionsweite Einheit	388
9.1.3.3 Unionsrechtliche Forderung nach Einheit innerhalb eines Mitgliedstaates	 390
9.1.3.3.1 Problemstellung	390
9.1.3.3.2 Vereinbarkeit mit konstitutiver Vielfalt	391
9.2 Rechtsetzungsvielfalt	393
9.2.1 Grundsätzliches zu Rechtsetzungsvielfalt vs Gleichheit	393
9.2.2 Gleichheitssatz und Rechtsetzungsvielfalt	394
9.2.2.1 Problemstellung	394
9.2.2.2 Rechtsquellen und Anwendungsbereich der GRC	394
9.2.2.3 Unionale Gleichheitssätze	396
9.2.2.4 Struktur und Einschränkung des allgemeinen Gleichheitssatzes	 397

9.2.2.5 Prüfung im Lichte des allgemeinen Gleichheitssatzes	398
9.2.2.6 Relevanz von Art 4 Abs 2 EUV	402
9.2.2.7 Gleiches Ergebnis bei Berufung auf Art 52 GRC?	403
9.2.2.8 Weitere Gleichheitsanforderungen im Primärrecht	405
9.2.3 Verdeckte Gleichheitsanforderungen und Rechtsetzungsvielfalt	406
9.2.3.1 Problemstellung	406
9.2.3.2 Grundfreiheiten und Rechtsetzungsvielfalt	407
9.2.3.2.1 Rechtsetzungsvielfalt als Beschränkung	407
9.2.3.2.2 Rechtsetzungsvielfalt als Argument für die Rechtswidrigkeit einer Beschränkung	408
9.2.3.2.3 Kohärenzprinzip – Erfordernis der „kohärenten“ Beschränkung von Grundfreiheiten	409
9.2.3.2.3.1 Entwicklung und Verankerung im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung	409
9.2.3.2.3.2 Kohärenzprüfung als Gleichheitsprüfung	411
9.2.3.2.3.3 Kohärenzprinzip und Mehrheit von Rechtsetzern	414
9.2.3.2.4 Kohärenz, Rechtsetzungsvielfalt und Art 4 Abs 2 EUV	418
9.2.3.3 Beihilfenrecht und föderale Rechtsetzungsvielfalt	421
9.2.3.3.1 Uniales Beihilfenverbot als verdeckte Gleichheitsanforderung	421
9.2.3.3.1.1 Problemstellung	421
9.2.3.3.1.2 Frage nach dem maßgeblichen „Bezugsrahmen“	423
9.2.3.3.2 Territoriale Selektivität in der Rsp des EuGH	424
9.2.3.3.3 Würdigung der Rsp	427
9.2.3.3.4 Übertragbarkeit der Rsp auf Bundesstaaten?	428
9.2.3.3.5 Übertragbarkeit der Rsp auf nichtsteuerliche Maßnahmen?	429
9.2.3.3.6 Übertragung der Rsp auf bundesstaatliche Rechtsetzungsvielfalt in Österreich, Deutschland und Belgien	431
9.2.3.3.7 Vereinbarkeit der Rsp des EuGH mit Art 4 Abs 2 EUV?	434
9.2.3.4 Weitere denkbare „verdeckte“ Gleichheitsanforderungen im Primärrecht	436

9.2.3.5 Ergebnis: Relativierung von Gleichheitsanforderungen durch Art 4 Abs 2 EUV	437
10. Zusammenfassung	439
11. Literaturverzeichnis	453
12. Rechtsprechungsverzeichnis	487
Österreich (VfGH)	487
Deutschland (BVerfG)	488
Belgien (Belgischer Kassationshof, GH)	489
EU (EuGH, EuG, Generalanwältinnen und Generalanwälte)	490
Sonstige	494
Stichwortverzeichnis	495

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
Abs	Absatz
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union
AC	Arresten van het Hof van Cassatie (Sammlung der Entscheidungen des Belgischen Kassationshofes)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJIL	American Journal of International Law
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ApplNr	application number
APT	Administration publique (Trimestriel): revue du droit public et des sciences administratives
Arg	argumentum
Art	Artikel
Aufl	Auflage
bbl	baurechtliche Blätter
BGBI	Bundesgesetzblatt (Österreich)
Blg	Beilage(n)
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw	beispielsweise
BT-Drs	Bundestags-Drucksache
BV	Belgische Verfassung, koordinierter Text vom 17.02.1994 in der Fassung der am 29.11.2017 im Belgischen Staatsblatt kundgemachten Änderungen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVG	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
bzw	beziehungsweise
CDPK	Chroniques de droit public/Publiekrechtelijke kronieken
CFR	EU Charter of Fundamental Rights = GRC
CLR	Columbia Law Review
CMLR	Common Market Law Review

CPE	Constitutional Political Economy
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
ea	et alii/et aliae
ECLR	European Constitutional Law Review
ed	editor
eds	editors
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPL	European Public Law
etc	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f, ff	folgende
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FN	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt, Generalanwältin
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz (Deutschland)
ggf	gegebenenfalls
GH	Belgischer Verfassungsgerichtshof
GH	Belgischer Verfassungsgerichtshof (Cour Constitutionnelle/Grondwettelijk Hof, vor 2003: Cour d'Arbitrage/Arbitragehof)
GLJ	German Law Journal
GP	Gesetzgebungsperiode
GRC	Grundrechtecharta der Europäischen Union

GRI	Gesetz über die Reform der Institutionen vom 09.08.1980, kundgemacht im Belgischen Staatsblatt am 15.08.1980, in der Fassung vom 31.01.2014
GS	Gedenkschrift
hA	herrschende Ansicht
HB StR	Handbuch Staatsrecht
Hg	Herausgeber
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
idR	in der Regel
idS	in diesem Sinn
ieS	im engeren Sinn
IGH	Internationaler Gerichtshof
inkl	inklusive
insb	insbesondere
iSd	im Sinne des/der
iSe	im Sinne einer/eines
iSv	im Sinn von
iVm	in Verbindung mit
iwS	im weiteren Sinn
JAP	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung
JBl	Juristische Blätter
JBÖR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart
JCMS	Journal of Common Market Studies
JRP	Journal für Rechtspolitik
JT	Journal des Tribunaux
JZ	Juristenzeitung (Deutschland)
KNV	Konstituierende Nationalversammlung
Lfg	Lieferung
LGBI	Landesgesetzblatt
lit	litera/literae
LNTS	League of Nations Treaty Series

mE	meines Erachtens
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NÖ	Niederösterreichisches
NR	Nationalrat
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OMT	Outright Monetary Transactions
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
Pas	Pasicrisie belge (Sammlung der Entscheidungen belgischer Höchstgerichte)
RBDC	Revue belge de droit constitutionnel
RBDI	Revue belge de droit international
RDUL	Revue de la Faculté de droit de l'Université de Liège
RGBl	Reichsgesetzblatt
Rs	Rechtssache
Rsp	Rechtsprechung
RV	Regierungsvorlage
RW	Rechtskundig weekblad
Rz	Randziffer
s	siehe
SGGH	Sondergesetz über den Belgischen Verfassungsgerichtshof vom 06.01.1989, kundgemacht im Belgischen Staatsblatt am 07.01.1989, in der Fassung vom 10.01.2017
SGRI	Sondergesetz über die Reform der Institutionen vom 08.08.1980, kundgemacht im Belgischen Staatsblatt am 15.08.1980, in der Fassung vom 27.08.2018
sog	sogenannte/sogenannter/sogenanntes
StenPr	Stenographische Protokolle
StGBI	Staatsgesetzblatt
StGG	Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger
TBP	Tijdschrift voor bestuurswetenschappen en publiekrecht
TEU	Treaty on the European Union
TFEU	Treaty on the Functioning of the European Union
ua	unter anderem
UAbs	Unterabsatz

UNTS	United Nations Treaty Series
uU	unter Umständen
va	vor allem
VCLT	Vienna Convention on the Law of Treaties = WVK
verb Rs	verbundene Rechtssachen
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VfSlg	Sammlung der Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs
vgl	vergleiche
Vorb	Vorbemerkung
vs	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
VwG	Verwaltungsgericht/Verwaltungsgerichte
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
Wr	Wiener
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
Z	Ziffer
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
zB	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
ZÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht
zT	zum Teil

